

Geht per Mail an: [efta@seco.admin.ch](mailto:efta@seco.admin.ch)

2.4.2019

### **Vernehmlassung: Bundesgesetz über die Genehmigung von Freihandelsabkommen**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

**Die Schweizer Exportwirtschaft ist angewiesen auf Freihandelsabkommen. Deshalb unterstützt die BDP die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Genehmigung von Freihandelsabkommen – Bundesrat oder Parlament sollen in der Lage sein, selbständig Abkommen abzuschliessen, die vorangegangenen Verträgen ähnlich sind. Sobald jedoch weitergehende oder neue Bestimmungen – welche insbesondere die Landwirtschaft betreffen – Bestandteil der Abkommen sind, müssen sie dem fakultativen Referendum unterstellt werden.**

Schweizer Unternehmen sind angewiesen auf einen möglichst hindernisfreien Zugang zu ausländischen Märkten. Freihandelsabkommen schaffen Arbeitsplätze und tragen zum Wohlstand unseres Landes bei. Ziel der Schweiz muss es sein, dieses Netz an Freihandelsabkommen zu erweitern.

Der Abschluss von Freihandelsabkommen ist in der Schweiz ein langwieriger Prozess: Der lange Ratifikationsprozess schmälert die Attraktivität der Schweiz als Partner für Abkommen. Und in Anbetracht der momentanen unsicheren weltweiten handelspolitischen Situation, des rasanten technologischen Fortschritts und insbesondere der aktiven EU-Handelspolitik erscheint es als unabdingbar, dass die Schweiz Freihandelsabkommen so einfach wie möglich abschliessen kann.

Im vorliegenden Bericht wird festgehalten, dass bestehende Abkommen als Gradmesser für den Entscheid dienen sollen, ob ein Abkommen nun einem bestehenden ähnelt oder nicht – und demzufolge, ob eine Unterstellung unter das fakultative Referendum vonnöten ist oder nicht.

Im neu zu schaffenden Gesetz muss allerdings klar formuliert sein, dass bei weitergehenden oder neuen Bestimmungen das fakultative Referendum zur Anwendung kommen muss. Gerade bei umstrittenen Themengebieten wie etwa der Landwirtschaft muss dem Volk die Möglichkeit gegeben werden, sich zu äussern.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Landolt  
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti  
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz